

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BG)

ein etwas langer Überblick, der auch auszugsweise gelesen werden kann,
besonders wichtig ist der Teil: *BG, egal wie?*

Was ist das?

Als erstes steht Begriffsverwirrung. Das BG steht im Gegensatz zur Grundsicherung, die an Bedingungen geknüpft ist, aber das Wort Grundsicherung wird häufig synonym zum BG verwendet: es ist also wichtig, immer genau hinzusehen, was gerade gemeint ist.

Bei der Vergabe von Grund- und Mindestsicherungen in Sinne von Sozialleistungen entstehen unweigerlich Fehler: einige Menschen, die sie erhalten, brauchen sie nicht, andererseits führen sie zu verdeckter Armut, weil viele, die sie brauchen, sie eben nicht in Anspruch nehmen, um der damit einhergehenden Stigmatisierung und Diskriminierung zu entgehen. Sie bilden den Nährboden für Neiddebatten und öffentlicher Stimmungsmache zum Zweck von Leistungskürzungen und Sozialabbau.

Abgesehen davon sind die Ansprüche an deutsche Sozialsysteme an Erwerbsarbeit und die Höhe der Einzahlungen, gekoppelt an die Höhe des Gehalts, gebunden: Hohes Einkommen – hohe Leistung, keine oder niedrige Einzahlung – keine oder niedrige Leistung. Letzteres betrifft neben Erwerbslosen und überwiegend Frauen auch oft Kranke, Behinderte und junge Menschen.

Wie dagegen ein BG aussehen sollte variieren je nach Model: Hier die wichtigsten Positionen in der Reihenfolge ihrer Zustimmung:

- **bedingungslos:** ohne Bedürftigkeitsprüfung und Arbeitszwang, Unabhängig von Einkommens- und Vermögenssituation, für Alle.
- **Existenz und Teilhabe sichernd:** Die zur Verfügung gestellte Summe soll ein bescheidenes, aber dem jeweiligen sozialen und kulturellen Standard eines Landes entsprechendes Leben ermöglichen und materielle Armut vermeiden. Richtlinie dabei könnte die Armutsrisikogrenze von 60% des durchschnittlichen Nettoeinkommens sein.
- **individuell:** nicht in Bedarfsgemeinschaften gerechnet, sondern jede Person unabhängig stellend.
- **nur global zu Verwirklichen.** Schon ein geringer Betrag kann dazu führen, dass Menschen nicht mehr auswandern müssen, sondern Lebensmöglichkeiten in ihrer Heimat entstehen. Milliarden hungernder Menschen würde schon ein kleiner Betrag ausreichen, um an den Märkten eigentlich vorhandene Nahrungsmittel einkaufen zu können.
- **für alle, die hier sind gleichermaßen,** denn es kann kein unterschiedliches Recht für Menschen an einem Ort geben. Dazu müssen Strukturen geschaffen werden, die es auch den illegal hier lebenden ermöglicht an das BG zu kommen.

Es gibt viele verschiedene Modelle, wie das BG gestaltet und finanziert werden könnte. Über der Diskussion der vielfältigen Modelle geht aber oft der Kern verloren:

Die Freiheit des Einzelnen wäre entscheidend erweitert. Niemand müsste sich aus materiellen Gründen Zumutungen aussetzen, die nicht selbst gewählt sind.

BG schafft die Einkommensarmut komplett ab und schafft so Freiheit für eigene Lebensentwürfe: die Gedanken darüber, wie das eigene Leben eigentlich aussehen sollte, darüber was jede Einzelne gern macht und kann und einsetzen möchte.

Das BG verschafft so ein Stück Autonomie jenseits der Erwerbsarbeit.

Autonomieverlust und Diskriminierung erfahren besonders die Menschen ohne Arbeit.

Hier stiftet das BG sozialen Frieden, indem die soziale Spaltung gemindert wird. Aufwändige, repressive und ausgrenzende Überwachungs- und Zuteilungsbürokratie wird überflüssig. Angst, Neid und Egoismus wären Gegenstandslos und könnten durch Initiative und Solidarität abgelöst werden.

Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am allgemeinen Reichtum ist ein Menschenrecht und das BG ist ein Mittel zu seiner Umsetzung für alle.

BG, egal wie?

Nein! Neoliberale BG-Modelle haben zum Ziel, den Staat von Sozialabgaben zu entlasten. Sozialleistungen sollen drastisch zusammengekürzt werden und nur noch geringe Grundsicherungsleistungen übrig bleiben.

Das Bürgergeld der CDU liegt um 10 % unter dem Hartz 4-Satz und im Gegenzug sollen bisherige Sozialtransferleistungen komplett entfallen. Das Modell enthält auch Anreize, zu niedrigstem Lohn zu arbeiten. Auch das Modell von Vertretern aus der FDP weist härtere Bedingungen auf, als das heutige Hartz4 System. An diesem Modell arbeitete auch der viel zitierte Unternehmer Götz Werner mit.

Götz Werner möchte das Grundeinkommen auf die Bruttolöhne anrechnen. das heißt, die Löhne entsprechend senken und er möchte alle Steuern abschaffen, außer der Mehrwertsteuer, die dafür auf 50% angehoben werden soll. Dadurch würde ein Grundeinkommensempfänger ohne Arbeit weniger übrig behalten, als jetzt mit Hartz 4, den all seine Ausgaben würden ja mit 50% versteuert. Arbeitende mit den Durchschnittseinkommen verlieren wegen der Anrechnung des Grundeinkommens die Hälfte ihres Einkommens und landen dann wegen der hohen Mehrwertsteuer auf dem gleichen Satz wie die Arbeitslosen. Arbeitgeber dagegen könnten ihre Einkommen sprunghaft vermehren, durch die um das Grundeinkommen gesenkte Bruttolöhne und den Wegfall von Steuern.

Es gibt noch andere neoliberale BG-Modelle, zum Beispiel welche, die darauf abzielen, die Krankenversicherung abzuschaffen und die Renten auf einen Minimalbeitrag zu reduzieren und alles andere dem freien Versicherungsmarkt zu überlassen.

Die Bedenken von Gewerkschaften gegen das BG sind durch die neoliberalen BG-Modelle begründet. Dabei geht es um die Gefahr, durch den Einsatz für ein BG diesen schädlichen Modellen mit zum Durchbruch zu verhelfen und so zu einer allgemeinen Verarmung beizutragen, mit

drastisch zusammen gestrichenem Sozialstaat und nur noch wenigen Grundleistungen.

Es besteht also bei der Umsetzung ein Risiko. Somit ist es eine Frage der politischen und sozialen Auseinandersetzung, wohin das BG letztlich führt und vorab natürlich der Aufklärung, auf was bei dieser Frage zu achten ist, nämlich darauf, dass es nicht mit jeder Form von BG Allen deutlich besser geht, als vorher.

Der Unterschied von sozialen Auseinandersetzungen mit BG besteht darin, dass sie von Menschen ohne Angst vor materieller Existenzvernichtung geführt werden können.

Wie kann das BG verwirklicht werden?

Wichtig ist, an bestehende soziale Sicherungen anzuknüpfen. Die vorhandenen sozialen Sicherungen müssen solange verteidigt werden, bis etwas Neues, wie das BG, schon erreicht ist. Alles andere verschlechtert die Lage. BG und ein gutes, besseres Sozialsystem gehören zusammen.

Selbst das abschreckende Verarmungsprogramm Hartz 4 könnte dafür erhalten, indem die Zumutbarkeitsregeln für Arbeitsaufnahme gestrichen werden, die Sätze auf angemessene Höhe angehoben werden und nach und nach weitere Gruppen in das System einbezogen werden, bis es schließlich alle bedingungslos umfasst.

Ein anderer Anknüpfungspunkt ist die soziale Infrastruktur, bei der es darum geht, alles Notwendige kostenlos zur Verfügung zu stellen: Gesundheitswesen, Kinderbetreuung und Bildung, die Mobilität als Ganzes, Energieversorgung, Kommunikation, Wohnen, Die Ausgabe des BG, usw. So könnten auch Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung diese Leistungen beanspruchen. Außerdem würden so die existenzsichernden Dinge aus dem Geld- und Warenmarkt herausgenommen.

Schließlich könnten die Sozialversicherungen zu einem Grundeinkommen ausgebaut werden, statt sie zunehmend zu zerstören und zu privatisieren. Dabei ist sehr darauf zu achten, sich abzusetzen von den neoliberalen Ansätzen mit dem Ziel Sozialleistungen grundsätzlich herunter zu kürzen. Achtung: einige soziale Kosten, wie sie zum Beispiel für die Bekämpfung von Kinderarmut nötig wären, würden auch durch die Einführung des BG wegfallen, weil andere Sozialkosten, hier Kindergeld, Sozialgeld,... durch die Grundsicherung ersetzt würden. Das das in dem Fall gut ist, lässt sich ganz einfach daran erkennen, dass die Kinder mit BG besser dran wären, als ohne.

Ein vielversprechender Ansatz für das BG kommt von der globalen Seite. Im südlichen Afrika wird die Einführung von Mindestsicherungsprogrammen für alle breit diskutiert, um die extreme Armut zu beseitigen. Die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN schlägt die Erweiterung solcher Überlegungen auf die ganze Welt vor, finanziert über die Sozialprodukte der Länder. Ein weiterer Vorschlag geht dahin, die Mittel für das globale BG durch internationale Steuern, etwa auf Devisengeschäfte, ect. aufzubringen.

Für viele Vertreter des BG ist die solidarische Bürgerversicherung der Weg zum BG: In ihr sind Kranken- Renten- und Pflegeversicherung und das BG zusammengefasst. Jeder Euro Einkommen, egal woher (Lohn, Miete, Zinsen...), von jeder Person wird dafür herangezogen. Die bisherigen Versicherungen werden dadurch ersetzt. Das Modell bewirkt eine Umverteilung von hohen zu niedrigen Einkommen und von den Gewinnen zu den Einkommen.

Spricht was dagegen?

Oft sind **gewohnte Wertvorstellungen** ein Hindernis, sich mit der Idee BG anzufreunden, wie etwa: „Wer Arbeitet muss mehr haben, als einer, der nicht arbeitet“ oder „auf Kosten anderer leben ist ungerecht“. Das empört nur in Hinblick auf Menschen ohne Vermögen, nicht bei denjenigen, die Dank eines Vermögens nicht arbeiten müssen. Für die ist es ganz akzeptiert auch ohne Arbeit mehr zu haben als andere. Die Meisten haben sich auch dran gewöhnt, ohne es ungerecht zu empfinden, dass nur bestimmte Arbeiten entlohnt werden, andere, meist von Frauen ausgeführte, wie Kinder erziehen oder kochen und putzen, dagegen nicht oder schlecht.

„Jeder sollte zum gesellschaftlichen Reichtum beitragen“, aber wie oft sind bezahlte Arbeiten unproduktiv, unnützlich oder sogar schädlich. Ebenso wenig werden die höheren Einkommen der nicht produktiv Tätigen als Gerechtigkeitsproblem empfunden. Ein großer Teil des gesellschaftlichen Reichtums, wie Verfahren, Wissen, Technologie, wurde von unseren Vorfahren geschaffen und muss Allen gleichermaßen zu gute kommen.

„Faulheit darf nicht belohnt werden“. Warum nicht?, abgesehen davon, dass es nur sehr wenige Menschen gibt, die gesund sind und dauerhaft gar nichts tun wollen. Und: wenn eine Gesellschaft festlegt, dass Nichts Tun unerwünscht ist, darf sie den Unliebsamen dann einfach die Mittel zur Existenz entziehen? Die Erwerbsarbeit wird sich ändern müssen, um vielen einen Anreiz zu geben, an ihr teilzunehmen. Ruhe, Muse und Genuss werden wieder mehr Raum gewinnen.

Natürlich kommen viele Einwände von den Reichen, die nicht alle von der Aussicht, was abgeben zu sollen, begeistert sind. Ebenso von der Wirtschaft und den Konzernen, die um die Bindung an den Arbeitsplatz, die Erwerbstätigkeit überhaupt und den Verlust der gewohnten Machtverhältnisse fürchten.

Wer macht dann die Drecksarbeit? Richtig, die Wirtschaft wird sich umstellen müssen, bessere Arbeitsbedingungen schaffen und besser bezahlen.

Erwerbsarbeit bedeutet Teilhabe. Ja genau und deshalb brauchen wir ein Grundeinkommen, denn Arbeit ist längst nicht mehr ausreichend vorhanden und auch nicht mehr in dem Ausmaß notwendig, wie es uns der Markt und das Kapital weismachen wollen. (Der Roboter ist mein Freund, Slogan vom Tag der Arbeitslosen 2015). Die Produktivität unserer Gesellschaft ist hoch und einige wenige beziehen gewaltige Summen daraus. Das Problem ist die Verteilung, nicht die Arbeit oder Arbeitslosigkeit.

Von der Gefahr, die von den **neoliberalen BG-Modellen** ausgeht, war schon die ausführlich die Rede (siehe: BG, egal wie ?). Es ist wichtig, die Entwicklung im Auge zu behalten.

Ist das BG finanzierbar?

Analog zu den Rechnungsmodellen beim Sozialticket gibt es auch hier viele Modelle, die nur von den Bruttokosten ausgehen und die Ersparnisse, etwa dadurch, dass viele Sozialkosten wegfallen, zusammen mit ihrer Verteilerbürokratie, nicht mit einrechnen.

Oder es werden mögliche Finanzierungsquellen, nicht beachtet.

Ebenso existiert eine Vielzahl von Rechenmodellen, nach denen das BG finanzierbar ist.

(Wer sich für die genauen Rechenbeispiele interessiert, findet ein Beispiel und Literaturhinweise

auf weitere in meiner Hauptquelle. Siehe Textende)

Fest steht aber, dass die Produktivität bisher stetig gewachsen ist und dafür immer weniger Arbeitszeit gebraucht wird. Das Mittel zur Produktivität ist ja immer weniger die gute alte Arbeitskraft, sondern immer mehr das Wissen, in Form von Elektronik.

Reichtum für die Gesellschaft ist also mit immer weniger Arbeit herzustellen. Die Kehrseite sind massenhaft unfreiwillig freigesetzten Arbeitslose, Billiglöhne und der Sozialkahlschlag.

Es stimmt nicht, dass unser Reichtum nicht ausreicht, um allen Menschen ein gutes Leben zu ermöglichen. Der Reichtum ist vorhanden. In Deutschland lautet das Problem ja nicht: wie können wir alles zum Leben Notwendige herbeischaffen, sondern: wie kriegen wir den enormen Überschuss an produzierten Gütern überhaupt los.

Das heutige Krisenszenario, inklusive der Einkommensunsicherheit resultiert eben aus diesem Überschuss an Kapazitäten und Gütern und der Ansicht, wir müssten immer noch mehr Überschuss schaffen.

Alles, was an Gütern und Dienstleistungen für ein angenehmes Leben gebraucht wird, ließe sich mit weit weniger Aufwand herstellen. Das Ziel wäre: gute Arbeit für gute, ökologische Produkte, im Gegensatz zu Sinnlosem, dass die Natur und das Können der Menschen zerstört.

Was bezahlbar erscheint oder nicht, hängt von Werturteilen und den Vorstellungen ab, wie etwas zu sein hätte, nicht von der Wirklichkeit.

Es liegt nicht an der Finanzierbarkeit, sondern am politischen Willen.

Davon unberührt steht die Tatsache, dass der jetzige Wohlstand wohl insgesamt durch die ökologischen Grenzen sinken wird.

Das spricht für den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur, die den Benutzern vieles kostenlos anbieten könnte. (siehe oben: wie kann das BG verwirklicht werden). Wenn vieles nicht mehr eingekauft werden muss, weil es öffentlich zur Verfügung gestellt wird, dann könnte das benötigte BG niedriger ausfallen. Gesellschaftlich organisierte Infrastruktur ist außerdem ökologischer als der Markt (Auto gegen Nahverkehr, zum Beispiel). Das BG wäre dann ein Puffer gegen den schrumpfenden Wohlstand.

Was bewirkt das BG?

Das BG sichert nicht nur die Erwerbslosen ab, sondern schafft die Freiheit für Alle, sich innerhalb der eigenen Neigungen und Talenten selbstbestimmt so zu entfalten, wie sie es wollen. Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit.

Das Motiv für Arbeit wird sich mit dem BG, wenn der pure Arbeitszwang wegfällt, ändern. Schon immer tun Menschen Dinge ohne Bezahlung, auf allen Bereichen: Kunst, Kultur, Handwerkliches, Erziehung, Sorge für Andere, Hobbys,... Kreativität und Spaß an der Arbeit könnten sich entfalten und neue Ideen ausprobiert werden. Der Zugriff auf gute Ideen würde einfacher. Wieso sollte so eine Gesellschaft weniger produktiv sein als die Jetzige?

Die Erwerbsarbeit müsste wesentlich attraktiver gestalten werden, damit sich noch jemand jenseits von Zwängen dafür interessiert. Potentiale bei der Rationalisierung unangenehmer, ungesunder und anderweitig schlechter Arbeit könnten stärker ausgenutzt werden, wenn niemand mehr zu Billiglöhnen oder durch Hartz 4 dazu gezwungen werden kann. Arbeitsplätze müssen interessanter werden oder besser bezahlt.

Die Machtverhältnisse werden ausgeglichener, wenn die existentielle Abhängigkeit von dem

Arbeitgeber wegfällt. Der müsste sich um seine Arbeitskräfte bemühen, was den gesamten Arbeitsalltag und die Umgangsformen für viele drastisch umkrempeln würde. Die Verhandlungsbasis für die auszuhandelnden Konditionen wäre eine ganz andere. Zufriedene Beschäftigte sind wiederum produktiver.

Das BG hätte positiven Einfluss auf die Gender-Ungleichheit in der Arbeitswelt. Alle Formen menschlicher Tätigkeit sind gleich bedeutsam und sollten die gleiche Anerkennung bekommen. Ein großer Teil der wesentlichen Arbeit findet außerhalb der Erwerbsarbeit statt, zum Beispiel ehrenamtliche Tätigkeiten, für die in Deutschland, gemessen an der Berufstätigkeit, fast doppelt soviel Stunden geleistet werden, genauso private Fürsorge- und Hausarbeiten. Mit Einführung des BGs ist die grundsätzliche Frage nach der Wertung und Entlohnung der Fürsorgearbeiten noch nicht ausreichend geklärt. Persönliche Abhängigkeiten könnten aber leichter überwunden werden.

Kreative, also Künstler, Bastler und Tüftler, alle, die nicht unmittelbar für ihre Arbeit bezahlt werden, hätten endlich genügend Freiräume, ihre Ideen umzusetzen, zeitlich und auch ohne auf den Verkaufserfolg schielen zu müssen. Es werden eine Menge Dinge entstehen, die ohne das BG nicht verwirklicht werden können.

Das BG hat natürlich zum Ziel, die alle Menschen sozial abzusichern, Armut zu beseitigen und für Alle, bedingungslos, die persönliche Souveränität über das eigene Leben zu erhöhen. Darüber hinaus eröffnen sich größere Freiräume, die Gesellschaft umzugestalten, um neu zu überlegen, was für uns zu einem guten Leben gehört, wie wir den ökologischen Grenzen gerecht werden wollen, welche Waren und Dienstleistungen wir überhaupt brauchen, und wie wir sie außerhalb der Marktlogik in Teilhabe und ökologischer Verträglichkeit herstellen können. Es eröffnet Platz für Experimente, Versuche und Irrwege mit bestimmt überraschenden Ergebnissen. Es wird spannend sein, zu sehen, wie eine neue Gesellschaft sich entwickeln wird, jenseits von Zwang und Existenzängsten, in der niemand an seiner „Nützlichkeit“ gemessen wird. Andere Faktoren als materielle Güter könnten in den Vordergrund treten, Wertefragen, Wissen, Verhaltenskodizes, Zukunftsvorstellungen, Sinnfragen,...

Die Hauptquelle für diese Zusammenfassung ist das Buch: Bedingungsloses Grundeinkommen, woher, wozu und wohin von Werner Rätz und Hardy Krampertz

Ute Dahner

Die Pressemeldungen vom August:

für den Teckboten, die Esslinger Zeitung und die Nürtinger Zeitung:

Gedenken reicht nicht, Atomwaffenfrei jetzt!

Gedenken ist so einfach, weil es schön unverbindlich sein kann. Entgegen der Ankündigung der Bundesregierung sollen die in Deutschland verbliebenen US-Atomwaffen nicht abgezogen, sondern ab 2017 durch modernere ersetzt werden. Der Krieg in der Ukraine und die Spannungen mit Russland zeigen jeden Tag, dass Frieden nicht selbstverständlich ist. Hiroshima und Nagasaki mahnen, die Menschheit von der Geißel der Atomwaffen zu befreien.

Frau Oberbürgermeisterin Matt-Heidecker hat vollkommen recht. Jetzt müssen konsequente Schritte und ein konkreter Zeitplan zur Abrüstung folgen. Ansonsten verkommt das Gedenken an die Opfer in Hiroshima und Nagasaki zur scheinheiligen Geste. Was spricht eigentlich dagegen, dass sich im Bundestag endlich eine Mehrheit für die Abschaffung der Atomwaffen findet? Linke und Grüne sind dafür. Mit der SPD könnte die Mehrheit bereits hergestellt werden. Wo bleibt die Initiative der Christen und Sozialdemokraten im Bundestag?

Heinrich Brinker, Kirchheim unter Teck

Willkommenskultur statt Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge

Tagtäglich erscheinende Nachrichtenbilder und Zeitungsartikel über Angriffe und Brandstiftungen auf Flüchtlingsunterkünfte erschrecken zutiefst. Angeheizt werden diese Taten durch entwürdigende, die Betroffenen kriminalisierende politische Debatte über das sogenannte Flüchtlingsproblem.

Die Antwort auf die Not der Flüchtlinge ist nicht Abschottung und Entzug des Existenzminimums, sondern die Aufgabe ist, alle Menschen in Not menschenwürdig aufzunehmen und unterzubringen.

Es ist notwendig, die Gemeinden bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge sofort finanziell zu unterstützen. Die Verfahrensdauer, die für Asylantragsstellende monatelangen Stress und Unsicherheit bedeutet, muss durch mehr Personal verkürzt werden und leerstehende Bundesimmobilien müssen sofort für die Unterbringung zur Verfügung gestellt werden.

Auch die Fluchtursachen müssen bekämpft werden. Nicht nur mit dem Anstieg der Rüstungsexporte arbeitet unsere Regierung am Gegenteil. Auch wenn europäische Fangflotten afrikanische Küstengewässer leer fischen und Massenarbeitslosigkeit und Armut durch eine aufgezwungene neoliberale Privatisierungs- und Kürzungspolitik erzeugt wird, treibt das hunderttausende Menschen, auch aus den Westbalkanstaaten, in die Flucht.

Es gab in letzter Zeit auch viele ermutigende Berichte über die Ehrenamtlichen im Kreis Esslingen, die sich bereits zu mehreren Hunderten in vielen Initiativen und Verbänden für die Ankommenden engagieren.

Deutschland kann sich die Aufnahme von Menschen in Not leisten. Es existieren bereits Modellrechnungen, die zum Beispiel die jährlichen Ausgaben für Rüstung mit den 143.- Euro Taschengeld für Flüchtlinge gegen rechnen. Demnach könnten allein mit diesen Rüstungsausgaben

rund 26 Millionen Flüchtlingen das Taschengeld finanziert werden, ganz zu schweigen von dem vielen Geld, dass in die Rettung der Banken gesteckt wurde.

Nicht die Flüchtlinge sondern die Steuerflüchtenden schaden unserer Gesellschaft.

Ute Dahner

1. September Antikriegstag

Am Dienstag, 1. September, dem Antikriegstag verteilt die Linke in (Ki,Nü,Es) vor dem Rathaus Flugblätter gegen die Fluchtursache Krieg. Wir fordern:

- Friedens- u. Entwicklungspolitik statt Kriegspolitik
- Lebensperspektiven für Flüchtlingen im Südwesten
- Ende der rigorosen Abschiebepolitik der Landesregierung
- Abzug aller Soldaten aus Auslandseinsätzen und keine Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr
- Keinen privilegierten Zugang der Bundeswehr zu Schulen
- Verbot von Waffenexporten und Umbau der Rüstungsindustrie für zivile Produktion

„Jeden Tag fliehen weltweit Menschen vor dem Tod aus Waffen, die u.a. in Baden-Württemberg produziert werden [...] Ebenso wie die deutsche Außenpolitik tragen auch deutsche Waffen erheblich zu kriegerischen Konflikten in der Welt bei. Stattdessen benötigen wir eine humane Flüchtlingspolitik, die das Ziel verfolgt, die Fluchtursache Krieg zu beheben. Das heißt ganz klar:

Schluss mit deutschen Kriegseinsätzen
und Schluss mit deutschen Waffenexporten!"

sagt Dirk Spöri, Landessprecher der LINKEN in Baden-Württemberg, anlässlich des Antikriegstags am 1. September.

Kriege, wirtschaftliche Not oder Perspektivlosigkeit – es gibt viele Gründe warum Menschen fliehen. Eines ist ihnen gemein: Niemand verlässt freiwillig seine Heimat, seine Familie, seine Freundinnen und Freunde ... Weltweit sind über 50 Millionen Menschen auf der Flucht. Nur ein kleiner Teil kommt nach Deutschland – ihnen Schutz und Aufnahme zu gewähren, ist das Mindeste, das unser reiches Land tun kann.

Wir nehmen nicht hin, dass Kriege und Gewalt alltägliches Mittel zur Konfliktlösung geworden sind.

Wir nehmen nicht hin, dass Mütter ihre Söhne und Töchter in militärische Auseinandersetzungen schicken müssen, die eine Weltordnung stützen, in der sich die reichsten Staaten um Rohstoffe und politischen Einfluss schlagen.

Steinmeier, von der Leyen und Gauck finden, Deutschland sei zu groß, um sich bei internationalen Konflikten rauszuhalten. Sie wollen, dass sich Deutschland mehr »einbringt«.

Das heißt: Die Bundeswehr soll in den Auseinandersetzungen mitmischen. Die Mehrheit der Menschen in unserem Land lehnt diese Politik ab.

Baden-Württemberg braucht eine starke Linke. Eine Linke, die den Namen verdient, die sich engagiert für Solidarität, soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Welt.

Ute Dahner (Text stammt fast komplett vom 1.9. Flyer)

TERMINE:

Kreisvorstandstermine 2015:

Der Kreisvorstand trifft sich üblicherweise jeden 2. Donnerstag im Monat ab 19:00 Uhr in Esslingen im Sportverein Pliensau in der Weilstr. 199:

Donnerstag, 10. September
Donnerstag, 08. Oktober
Donnerstag, 12. November
Donnerstag, 10. Dezember

Die Treffen sind öffentlich und jeder Interessierte ist herzlich willkommen.

Termine der Fraktion im zweiten Halbjahr:

Fraktionssitzungen:

Unsere Fraktionssitzungen sind meist öffentlich. Sie finden montags ab 18:00 Uhr im Sitzungsbereich des Landratsamtes (Pulverwiesen 11, Esslingen) statt. Der Eingang befindet sich links vom Haupteingang. Wer erst später erscheinen kann, der möge die Klingel zum Fraktionszimmer 4 betätigen oder unter 0176 54 40 74 52 oder 0711/39022066 anrufen.

Montag, 21.9.
28.9.
12.10.
26.10.
16-11.
23.11.
30.11.
7.12.
14,12.

Regelmäßige Treffen und Aktionen der Ortsverbände:

Mitgliederversammlung Ortsverband Esslingen:

wo: Alte Spinnerei, Maille 3 Esslingen

Die Spinnerei ist das kleine Häuschen neben dem Eingang zum Kommunalen Kino.

Wann: in der Regel monatlich am 4. Donnerstag, jeweils um 19:30 Uhr

Interessierte sind immer herzlich willkommen

Donnerstag, 24. September
Donnerstag, 29. Oktober

Donnerstag, 26. November
Donnerstag, 17. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Nürtingen:

Liebe Mitglieder und Freunde der LINKEN im OV Nürtingen. Wir treffen uns jeden 3. Dienstag im Monat um 19:30 Uhr zu unserem Stammtisch in Nürtingen in der Gsatstätte „Schlachthof“ Mühlstr. 15 (beim LRA). Dazu lade ich euch recht herzlich ein.

Die Termine sind:

Dienstag, 15. September
Dienstag, 20. Oktober
Dienstag, 17. November
Dienstag, 15. Dezember

Treff Ortsverband Kirchheim-Teck:

Jeden ersten Donnerstag im Monat trifft sich der Ortsverband der LINKEN in Kirchheim-Teck, ab 19:30 Uhr im TG-Heim in der Jesingerstrasse 99. Alle Interessierten, auch Nicht.Mitglieder sind herzlich willkommen.

Donnerstag, 03. September
Donnerstag, 01. Oktober
Donnerstag, 05. November
Donnerstag, 03. Dezember

Info-Stand in Kirchheim:

Der Kirchheimer Ortsverband der LINKEN betreibt jeden 3. Samstag im Monat einen Info-Stand in der Kirchheimer Fußgängerzone. Wir positionieren uns damit mehr in der Öffentlichkeit und zeigen, für was wir stehen und sammeln Unterschriften gegen TTIP.

An folgenden Samstagen werden wir von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr vor Ort sein:

19.09.2015 Rathausarkaden (Marktstr. 14)
17.10.2015 Bonita (Max-Eyth-Str.)
21.11.2015 Kornhaus (Max-Eyth-Str. 19)

Stammtisch Ortsverband Fildern:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte und Freunde der Partei DIE LINKE, jeden 1. Dienstag im Monat findet unser Stammtisch des Ortsverbandes Leinfelden- Echterdingen- Filderstadt statt: in der Sigma Taverna ab 19:30 Uhr, Stuttgarter Str. 45, in Leinfelden.

0711 – 758 578 60

Dienstag, 01. September
Dienstag, 06. Oktober
Dienstag, 03. November
Dienstag, 01. Dezember

Mitgliederversammlung Ortsverband Plochingen:

Der Ortsverband Plochingen trifft sich gern spontan: Termine bitte auf der Webseite des Ortsverbands nachschauen.

Weitere wichtige Veranstaltungen:

- Bernd Riexinger kommt am Donnerstag, den 17.09. ab 19:00 Uhr in der Filderhalle nach Leinfelden-Echterdingen
- 20. September , ab 11:00 Uhr, Sonntagsmatinee in Kirchheim, im Vogthaus, Widerholtstr. 4: Claudia Haydt wird da sein und über Fluchtursachen sprechen.
- Die LINKE LAG Frieden Baden Württemberg veranstaltet am 15. Oktober in Ulm den Landesweiten friedenspolitischen Ratschlag 2015. Das fängt um 11:00 Uhr an und geht bis in den Nachmittag. Ort und Programm stehen noch nicht abschließend fest: bitte nochmal im Internet nachsehen. Bisher geplant: im Regionalbüro Ulm, Lindenstr. 24. Referenten sind: wieder die Claudia Haydt, dazu Alexander Neu, Andreas Seifert und Tobias Pflüger.